

**An die
Mülheimer Medien****30.05.2012****2. Stufe Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW:
Mülheim an der Ruhr geht leer aus!**

„Die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung NRW, in der 2. Stufe des sog. Stärkungspaktes Stadtfinanzen NRW Mülheim an der Ruhr nicht zu berücksichtigen, bestätigt die unlängst geäußerten Bedenken und Vorbehalte gegen dieses unausgeglichene und ungerechte Landesgesetz für Entschuldungshilfen an finanziell Not leidende Kommunen“, erklärt CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels in einer ersten Reaktion auf die Meldungen aus der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Dabei teilt die CDU-Fraktion die inhaltliche Kritik der Stadtspitze an dieser nicht nachvollziehbaren Entscheidung der Landesregierung, die mit einer Milliarde Euro verschuldete Nothaushaltskommune Mülheim an der Ruhr bei der Fortführung des sog. Stärkungspakt Stadtfinanzen leer ausgehen zu lassen. Es ist ein „Trauerspiel“, dass die rot-grüne Landesregierung die wiederholt geäußerte Kritik des überparteilichen kommunalen Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ weiter einfach ignoriert und nicht die Kraft zur notwendigen Korrektur findet. Auch die CDU-Fraktion machte mehrmals auf die „eklatanten Webfehler“ dieser Entschuldungshilfen für die NRW-Kommunen (z.B. zu kleiner Empfängerkreis, zu geringes Hilfevolumen, keine klaren und objektiven Zugangskriterien für die teilnehmenden verschuldeten Kommunen) aufmerksam.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels: „Bemerkenswert an diesem Vorgang ist auch, dass diese für die Heimatstadt der NRW-Ministerpräsidentin negative Entscheidung von Rot-Grün nicht wie zuerst versprochen noch vor der Landtagswahl am 13. Mai 2012, sondern erst vierzehn Tage später verkündet wurde.“

Die Reaktion der Stadtspitze „enttäuschend“ wird ebenso gesehen. Ihre Kommentierung, dass diese enttäuschende Entscheidung der Landesregierung „keine große Überraschung“ gewesen sei, ist unverständlich. Falls man von vorne herein mit einer Ablehnung des Entschuldungshilfe-Antrages über 423 Mio. € gerechnet hat, hätte diese Einschätzung dem Rat und der Bürgerschaft mitgeteilt werden müssen. Hier stellt sich die Frage, ob damit noch einige Stimmen bei der Landtagswahl für die aus Mülheim an der Ruhr kommende Ministerpräsidentin gewonnen werden sollten.

„Die CDU-Fraktion wird auf jeden Fall die angedeutete rechtliche Überprüfung der Entscheidung der rot-grünen Landesregierung unterstützen“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels abschließend.

F.d.R.
Hansgeorg Schiemer
-Fraktionsgeschäftsführer-